

1948

23. November 1977

77.734. Einfache Anfrage Alder vom 19. September 1977.
Waffenkäufe durch Terroristen
77.735. Einfache Anfrage Müller-Bern vom 19. September 1977.
Waffen- und Munitionskäufe
77.750. Einfache Anfrage Nauer vom 21. September 1977.
Waffenhandel
77.748. Einfache Anfrage Bächtold SR vom 21. September 1977.
Waffenerwerb in der Schweiz

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 4. November 1977

Militärdepartement. Mitbericht vom 15. November 1977 (Beilage)

Justiz- und Polizeidepartement. Stellungnahme vom 22. November
1977 (Beilage)

Gestützt auf den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements und auf das
Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Einfachen Anfragen Alder, Müller-Bern, Nauer und
Bächtold SR wird mit Aenderungen genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat
An den Ständerat

Protokollauszug an:

- JPD 8 zur Kenntnis
- EPD 6 " "
- EMD 4 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

S. Müller

011.38/77

3003 Bern, 15. November 1977

AusgeteiltAn den Bundesrat

- 77.734 Einfache Anfrage Alder (19. September 1977)
Waffenkäufe durch Terroristen.
- 77.735 Einfache Anfrage Müller-Bern (19. September 1977)
Waffen- und Munitionskäufe.
- 77.750 Einfache Anfrage Nauer (21. September 1977)
Waffenhandel.
- 77.748 Einfache Anfrage Bächtold (21. September 1977)
Waffenerwerb in der Schweiz.

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Justiz- und Polizeidepartements
vom 4. November 1977

Obgleich nicht zum Mitbericht eingeladen, beantragen wir, den zweiten Absatz von Ziffer 3 des Antwortentwurfs durch folgenden Text zu ersetzen, wobei wir vorschlagen, diesen neu als Ziffer 4 aufzuführen:

4. Mit der Waffengesetzgebung nicht in einem direkten Zusammenhang steht die Gesetzgebung über das Kriegsmaterial, die u.a. die Ausfuhr von Waffen, Munition und Sprengstoff der Bewilligung unterstellt. Eine Revision der Kriegsmaterialverordnung steht vor dem Abschluss. Die Bewilligungspflicht soll dabei auf Waffen ausgedehnt werden, die bisher ihres Kalibers oder anderer Gründe wegen der Verordnung nicht unterstanden. Diese Ausdehnung der Bewilligungspflicht erschwert mindestens die Ausfuhr von in der Schweiz erworbenen Waffen ins Ausland.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

3003 Bern, den 22. November 1977

Ausgeteilt

An den
Bundesrat

- 77.734 Einfache Anfrage Alder (19. September 1977)
Waffenkäufe durch Terroristen.
- 77.735 Einfache Anfrage Müller-Bern (19. September 1977)
Waffen- und Munitionskäufe.
- 77.750 Einfache Anfrage Nauer (21. September 1977)
Waffenhandel.
- 77.748 Einfache Anfrage Bächtold (21. September 1977)
Waffenerwerb in der Schweiz.
-

Stellungnahme

zum Mitbericht des Militärdepartementes
vom 15. November 1977

1. Gegen die Verselbständigung des Absatzes 2 von Ziffer 3 des Antwortentwurfes als Ziffer 4 haben wir nichts einzuwenden.
2. Die vorgeschlagene Formulierung erscheint uns als zu zurückhaltend. Wenn auch mit der Revision der Kriegsmaterialverordnung die Ausfuhr von Waffen, an welchen Gewaltverbrecher besonders interessiert sind, nicht verhindert werden kann, so wird sie doch erheblich erschwert. Da die Revisionsarbeiten vor dem Abschluss stehen, wird diese Erschwerung auch rasch wirksam. Rasch wirkende Massnahmen wünschen jedoch die Fragesteller vor allem, wobei der mehr oder weniger enge Zusammenhang zwischen Kriegsmaterialgesetzgebung und neuem Waffengesetz nicht im Vordergrund des Interesses steht. Mit der nachstehenden Fassung einer Ziffer 4 könnte die vom Eidg. Militärdepartement vorgeschlagene, in ihrer Bestimmtheit u.E. jedoch zu wenig differenzierte Aussage ohne Nachteile vermieden werden.

- 2 -

Wir beantragen deshalb, Absatz 2 von Ziffer 3 des Antwortentwurfes als Ziffer 4 in der folgenden Formulierung zu genehmigen:

4. Bereits vor den bekannten Ereignissen, die zu neuerlichen Vorstössen für den Erlass eines Waffengesetzes führten, ist aus verschiedenen Gründen die Revision der Kriegsmaterialverordnung anhand genommen worden. Sie steht vor dem Abschluss. Damit soll u.a. die im Kriegsmaterialgesetz für die Ausfuhr von Waffen, Munition und Sprengstoff festgelegte Bewilligungspflicht auf ihr bisher wegen ihres Kalibers oder anderen Gründen nicht unterstehende Waffen ausgedehnt werden. Dadurch wird die Ausfuhr von in der Schweiz erworbenen Waffen ins Ausland erschwert.

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT



77.753 Einfache Anfrage Müller-Senn

vom 19. September 1977

und Beantwortung

Es ist zu erwähnen, dass die Terroristen, welche den Mord an Hans Martin Schärer veranlasst haben, auch über Waffen verfügen, die in der Schweiz erworben wurden. Es ist zu hoffen, dass solche Waffen in anderen Ländern nicht in Umlauf gesetzt werden.

Es ist dem Bundesrat zu empfehlen, welche Mittel und Möglichkeiten im Sinne bewaffneter Waffen- und Munitionskäufe zu ermitteln, um zu vermeiden, dass sehr und sehr die Schweiz zu einer Lieferungsquelle für ausländische Terroristen wird.

NATIONALRAT

77.734 Einfache Anfrage Alder

vom 19. September 1977

Waffenkäufe durch Terroristen

Pressemeldungen zufolge wurden im Zusammenhang mit Terror-Anschlägen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Monaten Waffen sichergestellt oder identifiziert, die einwandfrei in der Schweiz gekauft wurden. Ich frage den Bundesrat an:

1. Kann der Bundesrat bestätigen, dass sich Terror-Banden in der Bundesrepublik Deutschland nach polizeilichen Feststellungen bei ihren Anschlägen Waffen schweizerischer Herkunft bedienen?
2. Trifft es insbesondere zu, dass beim jüngsten Ueberfall Waffen verwendet wurden, die im letzten Jahr in Malers (LU) gekauft wurden?
3. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um den Erwerb von Waffen in schweizerischen Geschäften so einzuschränken, dass deren Abgabe an Terroristen verunmöglicht wird? Ist der Bundesrat beispielsweise bereit, die erforderlichen administrativen Massnahmen zu treffen bzw. die allenfalls notwendigen gesetzlichen Vorlagen auszuarbeiten mit dem Ziel, den Erwerb von Waffen einem zusätzlichen bundesrechtlichen Bewilligungssystem zu unterwerfen und deren Verbleib einer entsprechenden Kontrolle zu unterstellen?

NATIONALRAT

77.735 Einfache Anfrage Müller-Bern

vom 19. September 1977

Waffen- und Munitionskäufe

Der Presse ist zu entnehmen, dass die Terroristen, welche den Ueberfall auf Hanns Martin Schleyer unternommen haben, dabei vier Personen erschossen mit Waffen, die in der Schweiz erstanden wurden. Auch seither sollen noch grössere Mengen Munition in unserem Lande von den gleichen Kreisen gekauft worden sein.

Ich frage daher den Bundesrat an, welche Mittel und Möglichkeiten er sieht, um diese unkontrollierten Waffen- und Munitionskäufe einzudämmen und um zu vermeiden, dass mehr und mehr die Schweiz zu einem Selbstbedienungsladen für ausländische Terroristen wird.

23.11.1977

NATIONALRAT

77.750 Einfache Anfrage Nauer

vom 21. September 1977

Waffenhandel

Am 7. April 1977 wurde in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback von Terroristen niedergeschossen. Die Tatwaffe - ein deutsches Selbstladegewehr Kaliber 5,56 mm - ist nach den polizeilichen Ermittlungen in Malters von einem deutschen Käufer ohne Schwierigkeiten erstanden worden. Beim neuesten Entführungsfall in Köln soll von den Terroristen ein gleiches Schnellfeuergewehr - ebenfalls in Malters gekauft - verwendet worden sein. Mit meiner Motion vom 24. Juni 1976 habe ich den Bundesrat eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, welche den Waffenhandel in den Kantonen einheitlich regelt. Während der Vorstoss im Nationalrat als Motion Zustimmung fand, wurde er im Ständerat lediglich in der unverbindlichen Form eines Postulates stehen gelassen. Die Vorfälle in unserem Nachbarland zeigen drastisch auf, dass die Haltung des Ständerates ("man kann das Postulat stehen lassen, aber wenn es in einer Schublade vermodert, ist kein Unglück geschehen") unhaltbar ist.

Welche Vorkehrungen trifft daher der Bundesrat, um den Waffenverkauf zeitgemäss zu regeln?

STAENDERAT

77.748 Einfache Anfrage Bächtold

vom 21. September 1977

Waffenerwerb in der Schweiz

Bei Terrorakten in der Bundesrepublik Deutschland wurden immer wieder Waffen aus der Schweiz verwendet. Der Waffenerwerb in der Schweiz ist offenbar zu leicht gemacht und die Gesetzgebung auf diesem Gebiet ungenügend. Dem Vernehmen nach sind beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement Untersuchungen darüber im Gang, wie dieser Missstand behoben werden kann. Welches ist der Stand dieser Vorarbeiten? Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass dem allzu leichten Waffenerwerb in unserem Land möglichst rasch ein Riegel geschoben werden kann?

23.11.1977

CONSEIL NATIONAL

77.734 Question ordinaire Alder

du 19 septembre 1977

Achats d'armes par des terroristes

Il ressort d'informations de presse qu'en rapport avec les attaques à main armée perpétrées par des terroristes en République fédérale d'Allemagne, il a été possible, au cours de ces derniers mois, de mettre en lieu sûr ou d'identifier des armes qui ont manifestement été achetées en Suisse. Je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Peut-il confirmer que, selon les constatations faites par la police, les bandes de terroristes en République fédérale d'Allemagne se sont servies, pour commettre leurs attentats, d'armes d'origine suisse?
2. En particulier, est-il exact que, lors de la plus récente agression, les armes utilisées ont été achetées l'année dernière à Malters (LU)?
3. Que se propose d'entreprendre le Conseil fédéral pour limiter l'acquisition d'armes dans des magasins suisses de telle manière que la fourniture d'armes à des terroristes soit rendue impossible? Est-il par exemple disposé à prendre les mesures administratives nécessaires ou, le cas échéant, à élaborer des projets de loi aux fins de soumettre l'acquisition d'armes à un régime d'autorisation complémentaire relevant du droit fédéral et à faire exercer un contrôle sur les endroits où se trouvent ces armes?

CONSEIL NATIONAL

77.735 Question ordinaire Müller-Berne

du 19 septembre 1977

Achats d'armes et de munitions

On a pu lire dans les journaux que les terroristes qui ont enlevé Hanns Martin Schleyer ont, au cours de l'opération, tué quatre personnes avec des armes achetées en Suisse. Depuis lors, les mêmes milieux doivent s'être procuré dans notre pays d'assez grandes quantités de munitions.

Le Conseil fédéral est prié de dire quels sont les possibilités et les moyens d'endiguer cet achat incontrôlé d'armes et de munitions et d'empêcher que la Suisse ne devienne toujours davantage un magasin où les terroristes étrangers peuvent se servir à leur guise.

23.11.1977

CONSEIL NATIONAL

77.750 Question ordinaire Nauer

du 21 septembre 1977

Vente d'armes

Le 7 avril 1977, le procureur général de la République fédérale d'Allemagne, Siegfried Buback, a été assassiné à Karlsruhe par des terroristes. Ainsi que la police a pu l'établir, l'arme du crime (un fusil automatique de calibre 5,56 mm de fabrication allemande) a été acquise sans difficulté à Malters par un acheteur allemand. Lors du dernier enlèvement qui s'est produit à Cologne, les terroristes ont fait usage d'un fusil à tir rapide de même type, également acheté à Malters. Dans ma motion du 24 juin 1976, j'avais demandé au Conseil fédéral d'élaborer un projet d'acte législatif réglant de façon uniforme le commerce des armes dans les cantons. Alors que le Conseil national a adopté cette motion, le Conseil des Etats a exigé qu'elle soit transformée en postulat, ce qui enlevait son caractère impératif à l'intervention.

Les événements qui se sont produits en Allemagne, notre voisin du Nord, montrent à l'évidence que l'attitude du Conseil des Etats est inadéquate ("on peut bien se borner à donner à l'intervention la forme de postulat au risque de le laisser moisir dans un tiroir, ce ne serait pas un malheur").

Quelles mesures le Conseil fédéral entend-il prendre pour soumettre la vente des armes à une réglementation qui tienne compte des nécessités actuelles?

CONSEIL DES ETATS

77.748 Question ordinaire Bächtold

du 21 septembre 1977

Acquisition d'armes en Suisse

A réitérées reprises, des armes venues de Suisse ont été utilisées lors d'attentats commis par des terroristes en République fédérale d'Allemagne. Dans notre pays, l'achat d'armes est apparemment trop facile et la législation en la matière insuffisante. Il paraît que le Département fédéral de justice et police examine actuellement comment il serait possible de remédier à cet état de choses. Où en sont ces travaux préparatoires? Le Conseil fédéral est-il disposé à faire en sorte qu'un terme soit mis à l'acquisition par trop facile d'armes dans notre pays?

23.11.1977

Antwort des Bundesrates

1. Leider musste in letzter Zeit festgestellt werden, dass Waffen aus der Schweiz in den Besitz von Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland gelangt sind. Die Waffe mit Kaliber 5,56, mit der die Schüsse auf Generalbundesanwalt Buback abgegeben worden sind, war in Malers gekauft worden.

Der Erwerb von Gewehren ist in der Schweiz grundsätzlich frei. Sie fallen weder unter die Bestimmungen des Konkordates über den Handel mit Waffen und Munition vom 20. Juli 1944 (SR 514.541), das in den Kantonen Aargau und Waadt angewendet wird, noch unter dasjenige vom 27. März 1969 (SR 514.542), dem alle anderen Stände angehören. Waffen im Sinne beider Konkordate sind Faustfeuerwaffen. Dem Konkordat von 1969 unterliegen zudem auch andere Schusswaffen zu einhändigem Gebrauch. Gewehre fallen nicht unter diesen Waffenbegriff.

Auf die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waffen sind die Vorschriften des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 (SR 514.51) und der Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973 (SR 514.511) anwendbar, soweit die Waffen unter den in diesen Erlassen festgelegten Begriff des Kriegsmaterials fallen. Gewehre des Kalibers unter 6,2 mm sind nach Art. 2 Bst. b der Verordnung kein Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes und werden daher vom Gesetz nicht erfasst.

2. Die Zunahme der Straftaten, zu deren Ausführung Schusswaffen verwendet wurden, veranlasste im November 1975 die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren angesichts der unvollständigen und uneinheitlichen Regelung des Waffenwesens, dem Bundesrat den Erlass eines umfassenden eidgenössischen Waffengesetzes zu beantragen. Auch der Regierungsrat des Kantons Zürich hatte sich bereits im gleichen Sinn an den Bundesrat gewandt, ebenso der Verband Schweizerischer Polizeibeamter. Die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten gab dem gleichen Begehren mit einer Resolution Ausdruck. In der Frühjahrssession 1976 stimmte der Nationalrat der Motion Nauer zu, die eine Vorlage für eine einheitliche Regelung des Waffenhandels verlangte. Der Bundesrat hatte der Motion nicht opponiert. In der Sommersession 1976 überwies sie der Ständerat als Postulat.
3. Eine umfassende Waffengesetzgebung bedarf einer verfassungsmässigen Grundlage. Die Formulierung der Kompetenznorm hängt nicht unwesentlich davon ab, was Gegenstand der sich darauf stützenden Gesetzgebung sein soll. Eine Zusammenstellung der zu regelnden Fragen liegt vor. Sie bedarf aber noch der Bereinigung in Zusammenarbeit mit den interessierten Bundesstellen, den Kantonen und Fachverbänden. Die Arbeiten werden so gefördert, dass die Vorlagen so rasch wie möglich den eidgenössischen Räten zugeleitet werden können. Ein verbindlicher Zeitpunkt lässt sich jedoch noch nicht festlegen.
4. Mit der Waffengesetzgebung nicht in einem direkten Zusammenhang steht die Gesetzgebung über das Kriegsmaterial, die u.a. die Ausfuhr von Waffen, Munition und Sprengstoff der Bewilligung unterstellt. Eine Revision der Kriegsmaterialverordnung steht vor dem Abschluss. Die Bewilligungspflicht soll dabei auf Waffen ausgedehnt werden, die bisher ihres Kalibers oder anderer Gründe wegen der Verordnung nicht unterstanden. Diese Ausdehnung der Bewilligungspflicht erschwert mindestens die Ausfuhr von in der Schweiz erworbenen Waffen ins Ausland.

Réponse du Conseil fédéral

1. Il a malheureusement fallu constater, ces derniers temps, que des armes en provenance de la Suisse étaient parvenues à des terroristes en République fédérale d'Allemagne. L'arme de calibre 5,56 mm avec laquelle des coups de feu ont été tirés sur le procureur général Buback a été achetée à Malters.

L'achat de fusils est, en principe, libre en Suisse. Ces armes ne tombent ni sous le concordat du 20 juillet 1944 sur le commerce des armes et des munitions (RS 514.541), appliqué par les cantons d'Argovie et de Vaud, ni sous celui du 27 mars 1969 (RS 514.542), auquel ont adhéré tous les autres cantons. Par armes, les deux concordats désignent les armes de poing. En outre, celui de 1969 englobe aussi les armes à feu qui peuvent être manipulées d'une seule main. Cette définition ne comprend pas les fusils.

L'importation, l'exportation et le transit d'armes sont réglés par les dispositions de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre (RS 514.51) et de l'ordonnance du 10 janvier 1973 sur le matériel de guerre (RS 514.511), pour autant que les armes répondent à la définition de matériel de guerre donnée par ces deux textes. Les fusils de calibre inférieur à 6,2 mm ne sont pas du matériel de guerre au sens de l'article 2, lettre b, de l'ordonnance et ils ne sont de ce fait pas soumis à la loi.

2. L'augmentation ^{du nombre} des infractions commises à l'aide d'armes à feu, de même que la réglementation incomplète et disparate en matière d'armes, ont amené la Conférence des chefs de départements cantonaux de justice et police à demander au Conseil fédéral, en novembre 1975, d'établir une loi fédérale complète sur les armes. Le Conseil exécutif du canton de Zurich et la Fédération suisse des fonctionnaires de police se sont déjà adressés au Conseil fédéral aux mêmes fins. La Conférence des commandants des polices cantonales a, pour sa part, présenté une demande analogue sous forme de résolution. Lors de la session de printemps 1976, le Conseil national a approuvé la motion Nauer qui demandait un projet de réglementation uniforme du commerce d'armes. Le Conseil fédéral ne s'y est pas opposé. Au cours de la session d'été 1976, le Conseil des Etats a accepté la motion Nauer sous forme de postulat.
3. Pour édicter une législation globale sur les armes, une base constitutionnelle est nécessaire. L'élaboration de la norme de compétence dépend dans une large mesure de l'objet de la loi qui doit se fonder sur elle. Nous avons établi une liste des questions à régler. Il faut encore la discuter avec les services fédéraux intéressés, les cantons et les associations intéressées. Les travaux seront menés de manière que des propositions puissent être soumises aussi vite que possible aux Chambres fédérales. Une date définitive ne peut toutefois pas encore être fixée.
4. Il n'existe pas de relation directe entre la législation sur les armes et la législation sur le matériel de guerre; celle-ci soumet notamment au régime de l'autorisation l'exportation d'armes, de munitions et d'explosifs. La révision de l'ordonnance sur le matériel de guerre est sur le point d'être achevée. Le régime de l'autorisation doit être étendu aux armes qui, en raison de leur calibre ou pour d'autres motifs, n'étaient pas soumises à l'ordonnance. Cet élargissement du régime de l'autorisation permettra pour le moins de rendre plus difficile l'exportation d'armes achetées dans notre pays.